

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP**Sicherung des Energieerzeugerstandortes Bremen und der Arbeitsplätze der swb AG durch Bau des Kohlekraftwerks Block 21**

Die Nachfrage nach Energie steigt weltweit. Angesichts der Abhängigkeit Deutschlands vom Import knapper und teurer Energierohstoffe ist eine Energieversorgung, die sicher, umweltfreundlich und wirtschaftlich bereitgestellt wird, eine politische Frage von überragender Bedeutung. Ziel einer modernen Energiepolitik muss es sein, die Risiken der Importabhängigkeit zu mindern.

Grundlagen einer sicheren, umweltverträglichen und wirtschaftlich tragbaren Energieversorgung ist ein breit gefächertes und ausgewogenes Energiemix. Der Einsatz fossiler Energieträger muss dabei so klimaverträglich wie möglich gestaltet werden. Durch Effizienzsteigerungen, Kraft-Wärme-Kopplung, Weiterentwicklung der Kraftwerkstechnologie hin zu CO₂-armen Kraftwerken sollen entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden.

Moderne und energieoptimierte Kohlekraftwerke sind ökologisch außerordentlich sinnvoll, wenn ihre Realisierung dazu führt, dass es zur Abschaltung älterer, schadstoffintensiverer Kraftwerke kommt. Gleichzeitig können Kohlekraftwerke, die auf dem neuesten Stand der Technik sind, als Vorbilder für andere staatliche oder private Investoren weltweit dienen, die dann gegebenenfalls auf die Realisierung schadstoffintensiverer Kraftwerke verzichten und somit ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Die politischen Entscheidungsträger auf allen politischen Ebenen wollen auf einen funktionierenden Wettbewerb im Strommarkt hinwirken. Daher hat auch das Land Bremen kein Interesse daran, dass nur wenige Großkonzerne als Energieerzeuger fungieren und eine fortschreitende Konzentration auf dem Energieerzeugermarkt stattfindet. Daher begrüßen wir das Engagement der swb AG als örtlicher Dienstleister und unterstützen das Unternehmen bei seinen Bestrebungen, Bremen mittel- und langfristig als Energieerzeugerstandort zu festigen. Dabei kommt der Sicherung bestehender Arbeitsplätze und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in der innovativen Energieerzeugungsbranche eine herausragende Bedeutung bei.

Sollte das Projekt „Block 21“ in Bremen nicht durch die swb AG realisiert werden, baut ein anderes Unternehmen einen entsprechenden, schadstoffarmen Kohleblock an einem anderen Standort in Nordwestdeutschland. Die sich ergebende CO₂-Reduktion könnte sich dieses Unternehmen dann gutschreiben. Während dies für das Klima so oder so ein Gewinn ist, stellt sich in diesem Fall für Bremen allerdings ein mehrfacher Verlust ein: kein Beitrag zur CO₂-Reduktion (950.000 t pro Jahr auf heute bezogen), Arbeitsplatzverluste bei der swb AG und Partnerunternehmen, Minderungen von Steuereinnahmen in Millionenhöhe und Vertrauensverluste bei potentiellen Investoren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

1. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird ersucht, das behördliche Genehmigungsverfahren für den Bau eines Kohlekraftwerks in Mittelsbüren („Block 21“) zügig voranzutreiben.

2. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird ersucht, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um die von der Realisierung dieses Projektes abhängigen 500 Arbeitsplätze im Lande Bremen langfristig zu erhalten.

Dieter Focke, Frank Imhoff,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Dr. Magnus Buhler,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP